



Finanzpolitik

Bundesbudget muss beschlossen werden

24.11.2026

Auf einen Blick

- Aufgrund hoher Steuereinnahmen und dem EP27 ist das Bundesbudget 2027 praktisch ausgeglichen und schuldenbremskonform.
- Für eine Ablehnung gibt es keinen Grund. Das Budget soll regulär verabschiedet werden.
- Die finanzpolitische Verlässlichkeit ist eine Stärke der Schweiz. Signale, die Zweifel streuen, sind zu vermeiden.

Der Voranschlag des Bundes für 2027 ist praktisch ausgeglichen. Bei Einnahmen und Ausgaben von rund 93 Milliarden Franken verbleibt gemäss Bundesrat ein Spielraum von 170 Millionen Franken. Die Schwerpunkte des Budgets liegen wie üblich bei den weitgehend gesetzlich gebundenen Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt und den Transferleistungen an die Kantone. Hinzu kommt die Stärkung der Sicherheit: Das Parlament hat beschlossen, die Armeeausgaben bis 2032 auf 1 Prozent des BIP zu erhöhen. Dass das Budget 2027 so unaufgeregt daherkommt, war Anfang Jahr nicht absehbar. Trotz des Entlastungspakets 27 drohten Defizite, die noch bereinigt werden mussten. Erst unerwartet hohe Gewinnsteuereinnahmen haben die Ausgangslage grundlegend verändert. Das Parlament kann nun ohne zusätzliche Entlastungsmassnahmen einen schuldenbremskonformen Voranschlag verabschieden.

Ablehnung des Budgets lässt sich nicht rechtfertigen

Umso erstaunlicher ist, dass die Finanzkommission des Nationalrates dieses Budget ablehnt. Materiell lässt sich dieser Schritt kaum rechtfertigen. Die politischen Schwerpunkte von rechts und links werden im Budget berücksichtigt. Darüber hinaus konnten beide Lager in der Kommission zusätzliche Mittel durchsetzen – etwa für die Landwirtschaft, Sicherheit, Bildung und Forschung, aber auch für den öffentlichen Verkehr, die Umwelt, Gleichstellung und Gesundheit. Fehlende Mittel für einzelne politische Anliegen können den grundsätzlichen Widerstand gegen das Budget deshalb nicht erklären.

Finanzpolitische Unsicherheit schadet der Schweiz

Eine Ablehnung des Budgets würde vor allem eines schaffen: Unsicherheit. Die Schweiz verdankt ihre finanzpolitische Stabilität nicht zuletzt der Schuldenbremse. Sie ist ein zentraler Pfeiler der Verlässlichkeit der Schweizer Finanzpolitik und ein wichtiger Standortvorteil. Ein schuldenbremskonformes Budget ohne materielle Notwendigkeit scheitern zu lassen, würde diese Verlässlichkeit infrage stellen.

Hinzu kämen erhebliche praktische Schwierigkeiten. Scheitert der Voranschlag im Parlament, müsste der Bund zunächst mit einem provisorischen Budget arbeiten. Die Beratungen müssten neu aufgenommen werden; mit ungewissem Ausgang und erheblichem Aufwand. Während gesetzlich gebundene Ausgaben, insbesondere für die Soziale Wohlfahrt, weiterlaufen, wären nicht gesetzlich vorgeschriebene Mehrausgaben gefährdet. Treffen könnte es insbesondere den Mittelaufwuchs der Armee. Eine solche Entwicklung ist weder im Interesse breiter politischer Kreise noch der Wirtschaft.

Jetzt Verantwortung wahrnehmen und Budget verabschieden

Die Finanzkommission des Ständerates hat dagegen einen Voranschlag verabschiedet, dessen Änderungen sich im üblichen Rahmen bewegen. Sie verzichtet zudem auf fragwürdige Einnahmenkorrekturen, mit denen sich die nationalrätliche Kommission zusätzlichen Ausgabenspielraum verschafft hat. Denn dieses Vorgehen untergräbt die Verlässlichkeit der Budgetierung und schwächt die finanzpolitische Disziplin der Schuldenbremse.

Angesichts der Ausgangslage und des vorliegenden Budgets kann von den eidgenössischen Räten erwartet werden, dass sie ihre finanzpolitische Verantwortung wahrnehmen und den schuldenbremskonformen Voranschlag 2027 verabschieden. Die solide Finanzpolitik ist eine zentrale Stärke der Schweiz und für die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts von höchstem Wert.



Frank Marty
Bereichsleiter Finanzen & Steuern, Mitglied der erweiterten Geschäftsleitung



Lea Flügel
Stv. Bereichsleiterin Finanzen & Steuern

© economiesuisse | www.economiesuisse.ch